

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article251165928/Maximilian-Krah-Mitarbeiter-des-AfD-Politikers-wegen-Spionageverdacht-festgenommen.html> 24.4.2024

„Die Lage ist ernst“, mahnt Habeck nach Spionage-Fällen

Der Generalbundesanwalt wirft einem Mitarbeiter des EU-Spitzenkandidaten der AfD, Maximilian Krah, Spionage für China vor. Innenministerin Nancy Faeser spricht von „äußert schwerwiegenden Vorwürfen“, das Europaparlament zieht Konsequenzen und die AfD setzt ein Krisengespräch an.

Die Polizei hat am Montag einen Mann in Dresden wegen Spionageverdachts für China festgenommen. Der beschuldigte Jian G. arbeite seit 2019 für ein deutsches Mitglied des Europäischen Parlaments. Informationen aus Sicherheitskreisen zufolge handelt es sich dabei um den AfD-Spitzenkandidaten für die Europawahl, Maximilian Krah. Auf Krahs EU-Parlamentswebsite wird ein Jian G. als akkreditierter Assistent aufgeführt. Das EU-Parlament kündigte am Dienstag an, G. wegen des Spionage-Vorwurfs zu suspendieren.

Laut Generalbundesanwaltschaft spionierte der deutsche Staatsbürger G. die chinesische Oppositionsbewegung aus und gab außerdem Informationen aus dem Europaparlament an China weiter. Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes wird ihm Agententätigkeit für einen ausländischen Geheimdienst in einem besonders schweren Fall zur Last gelegt. Auch seine Wohnung wurde am Montag durchsucht.

„In Anbetracht der Schwere der Enthüllungen hat das Parlament die betreffende Person mit sofortiger Wirkung suspendiert“, sagte eine Sprecherin des Europa-Parlaments mit.

Laut Informationen von WELT hatten die Sicherheitsbehörden Krahs Umfeld bereits seit Längerem wegen Verbindungen nach China im Blick. Bei dem Beschuldigten handelt es sich laut [„Zeit“](#) um einen 43-jährigen gebürtigen Chinesen, der nach seinem Studium in Deutschland zunächst

dort weiterhin als Geschäftsmann arbeitete, wo er auch Krah kennengelernt haben soll.

Krah äußerte sich überrascht über die Festnahme des Mitarbeiters, über die er am Vormittag aus der Presse erfahren habe. „Weitere Informationen liegen mir nicht vor“, teilte [Krah auf X](#) mit. Der Vorwurf von Spionage für ein anderes Land sei „eine schwerwiegende Anschuldigung“, erklärte er und fügte hinzu: „Sollten sich die Vorwürfe als wahr erweisen, würde dies die sofortige Beendigung des Dienstverhältnisses nach sich ziehen.“

G. habe sich bereits vor rund zehn Jahren deutschen Behörden als Informant angeboten, berichtete die [ARD](#). Er sei damals allerdings als unzuverlässig eingestuft worden. Es habe der Verdacht bestanden, dass er ein möglicher Doppelagent Chinas sei.

<https://www.bild.de/politik/inland/rechtspopulist-vor-gericht-hoecke-kennt-angeblich-sa-spruch-nicht-66277f9fcd5ef0530b3eff1f> 23.4.2024

Landgericht Halle stellt klar: Höcke kann AfD-Spitzenkandidat bleiben
Aufatmen bei Thüringens AfD-Chef Björn Höcke (52)!

Das Landgericht Halle, vor dem sich der Faschist und Rechts-Provokateur derzeit verantworten muss, hat in Aussicht gestellt: Höcke wird maximal zu einer Geldstrafe verurteilt.

Für Höcke heißt das: Den Entzug des aktiven oder passiven Wahlrechts durch das Gericht muss er nicht mehr fürchten. Er kann damit Spitzenkandidat zur Landtagswahl (1. September) bleiben.

Härtere Sanktionen für seine Karriere als Politiker hätte Höcke nur bei einem Strafmaß von sechs Monaten Haft oder darüber fürchten müssen. Dann hätten die Richter ihm zusätzlich zur Strafe die Wählbarkeit (und sogar das Wahlrecht) entziehen können.

Höcke plädiert auf „völlig unschuldig“

Das Landgericht muss klären, ob Höcke im Mai 2021 in einer Rede bewusst die verbotene Nazi-Parole „Alles für Deutschland“ verwendet hat. Doch auch am zweiten Prozesstag vor dem Landgericht Halle kam der Vorsitzende Richter Jan Stengel der Antwort nur sehr mühsam näher.

Immerhin: Erstmals stand der Angeklagte selbst Rede und Antwort.

Höcke sagt, er sei „völlig unschuldig“ und ein „rechtstreuer Bürger“ – „Ich habe mir nichts vorzuwerfen.“ Höcke: „Ich wusste tatsächlich nicht, dass ‚Alles für Deutschland‘ von der SA benutzt wurde. Dieser Ausspruch ist mir niemals als SA-Spruch untergekommen.“ Andernfalls, beteuert er, hätte er die Losung „mit Sicherheit nicht verwendet“.

Heißt wohl: Der Geschichtslehrer Höcke hatte in diesem Punkt der Geschichte keine Ahnung.

Kurz nach der Eröffnung (9.15 Uhr) musste sich der gesamte Saal zunächst ein mehr als einstündiges Video ansehen.

Während der Video-Höcke von der Gerichtsleinwand spricht und grölt, blättert der echte Höcke im Gerichtssaal scheinbar ungerührt in Akten und antiquarischen Geschichtsbüchern (u. a. „Weltgeschichte im Aufriss“, Verlag Diesterweg). Die Schmöker trägt er seit Prozessbeginn bei sich. Was er mit den teils mehr als 40 Jahre alten Pennäler-Schinken vorhat, verrät er zunächst nicht.

Erst am heutigen Dienstag erklärt er, was es mit den Büchern auf sich hat – und dass er von dem Nazi-Bezug des „Alles für Deutschland“-Slogans nichts wissen musste.

Höcke zeigt auf die mitgebrachten Bücher und erläutert, mit diesen Geschichtsbänden sei er selbst unterrichtet worden und habe mit ihnen als Geschichtslehrer an der Schule gelehrt.

Den Band „Weltgeschichte im Aufriss“ habe er im Geschichte-Leistungskurs in der Schule gelesen, so Höcke. Zum SA-Spruch – „nichts dazu“. Nächstes Buch: „Historisch-Politische Weltkunde“. Höcke: „Nichts,

gar nichts über den Spruch der SA.“ Und auch im Lehrer-Buch „Heumanns problemorientierter Geschichtsunterricht“ – „nichts, nichts“.

Höcke beteuert: „Dieser Ausspruch ist mir nie, niemals untergekommen.“

Dass er Geschichte studiert habe, bedeute nicht, dass er von dem verbotenen SA-Slogan gewusst haben müsse, so die Logik des AfD-Politikers.

Vielleicht hätte er einfach mal bei Wikipedia nachschlagen sollen. Dort heißt es unmissverständlich (und seit vielen Jahren): „Der Wahlspruch der SA lautete: ‚Alles für Deutschland‘.“

<https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/cum-ex-aufarbeitung-100.html> 22.4.2024

Chefermittlerin kündigt überraschend und übt Kritik

Ihre Ermittlungen führten zu ersten Urteilen im Steuerskandal Cum-Ex und brachten Kanzler Scholz in Erklärungsnot: Anne Brorhilker verlässt nach WDR-Informationen die Justiz, um an anderer Stelle gegen Finanzkriminalität zu kämpfen.

Deutschlands wichtigste Cum-Ex-Ermittlerin verlässt nach Informationen von WDR-Investigativ die Justiz. Anne Brorhilker hat danach am Montagvormittag bei der Generalstaatsanwaltschaft eine "Bitte um Entlassung aus dem Beamtenverhältnis" eingereicht. Die 50-jährige Oberstaatsanwältin leitet die eigens für den größten deutschen Steuerskandal eingerichtete Hauptabteilung, die derzeit gegen mehr als 1.700 Beschuldigte ermittelt.

Geschätzte zwölf Milliarden Euro sollen die Cum-Ex-Geschäfte die Steuerzahler gekostet haben. Banker, Berater und Aktienhändler ließen sich Steuern erstatten, die nie jemand gezahlt hatte - ein Griff in die Staatskasse.

Deutschlands wichtigste Cum-Ex-Ermittlerin verlässt nach Informationen von WDR-Investigativ die Justiz. Anne Brorhilker hat danach am

Montagvormittag bei der Generalstaatsanwaltschaft eine "Bitte um Entlassung aus dem Beamtenverhältnis" eingereicht. Die 50-jährige Oberstaatsanwältin leitet die eigens für den größten deutschen Steuerskandal eingerichtete Hauptabteilung, die derzeit gegen mehr als 1.700 Beschuldigte ermittelt.

Geschätzte zwölf Milliarden Euro sollen die Cum-Ex-Geschäfte die Steuerzahler gekostet haben. Banker, Berater und Aktienhändler ließen sich Steuern erstatten, die nie jemand gezahlt hatte - ein Griff in die Staatskasse.

"Schwach aufgestellte Justiz"

[Im Interview mit WDR-Investigativ](#) sagte Brorhilker zu ihrer Entscheidung: "Ich war immer mit Leib und Seele Staatsanwältin, gerade im Bereich von Wirtschaftskriminalität, aber ich bin überhaupt nicht zufrieden damit, wie in Deutschland Finanzkriminalität verfolgt wird. Da geht es oft um Täter mit viel Geld und guten Kontakten, und die treffen auf eine schwach aufgestellte Justiz." Außerdem könnten sich Beschuldigte oft aus Verfahren schlicht herauskaufen, wenn etwa Verfahren gegen Geldbuße eingestellt würden. "Dann haben wir den Befund: Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen." Sie als einzelne Staatsanwältin könne daran wenig ändern.

Die Politik, so Brorhilkers Fazit, habe elf Jahre nach Bekanntwerden der ersten Cum-Ex-Fälle noch immer nicht hinreichend reagiert. Der Steuerdiebstahl sei längst nicht gestoppt, es gebe Nachfolgemodelle, wie bei einem "Hase-und-Igel-Spiel". Grund seien fehlende Kontrollen, was bei Banken und auf den Aktienmärkten geschehe. "Wenn keine Kontrolle passiert durch staatliche Organe, dann greifen die Menschen in die Auslagen. Aber wenn da eine Videokamera über der Auslage installiert ist, dann denkt man dreimal darüber nach, ob man zugreift."

Um das Problem zu lösen, spricht sich die Strafverfolgerin für mehr Personal in der Strafverfolgung und für eine bundesweite zentrale Behörde

zur Bekämpfung von Finanzkriminalität aus, die auch Steuervergehen
verfolge.